

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 8 88846 ppbn d  
Telefax: 21 0884



## Inhalt

Dr. Alfred Emmerlich MdB zieht ein Resümee aus der Anhörung zu den Sicherheitsgesetzen: Ein Waterloo für die Bundesregierung.

Seite 1

Walter Momper, Berliner Regierender Bürgermeister, zieht eine Bilanz aus 100 Tagen rot-grüner Koalition: Weichenstellungen für eine neue Politik.

Seite 2

Lilo Blunck MdB vermißt die Realisierung der von der Bundesregierung zugesagten Maßnahmen zur Rettung der Nordsee: Keine Rettung in Sicht.

Seite 6

44. Jahrgang / 120

27. Juni 1989

### Ein Waterloo für die Bundesregierung

Die Entwürfe zu den Sicherheitsgesetzen erhielten verheerende Noten

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Die Bundesregierung hat mit ihren Gesetzentwürfen für den Verfassungsschutz, den MAD und BND bei der Anhörung am vergangenen Freitag ein erneutes Waterloo erlebt.

Nahezu alle Sachverständigen (mit Ausnahme derer, die an den Entwürfen direkt oder indirekt mitgewirkt haben) sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Gesetzentwürfe erhebliche Mängel aufweisen. Insbesondere deshalb, weil

- die Aufgaben der Dienste und ihre Befugnisse nicht präzise genug beschrieben sind,
- keine ausreichende Kontrolle der Dienste sichergestellt wird.

Das ist umso mehr zu bedauern, als die bisherigen Pannen und Mißgriffe nach den Aussagen der Sachverständigen keineswegs nur auf individuelles Fehlverhalten der Beschäftigten, sondern weitgehend auf die unklaren und unzureichenden Rechtsgrundlagen der Dienste zurückzuführen sind.

Statt für mehr Klarheit zu sorgen, will die Bundesregierung den Rechtsvorschriften für die Dienste eine Vielzahl weiterer Generalklauseln unbestimmten Inhalts insbesondere für die Datenerhebung und -verarbeitung hinzufügen.

Außerdem will sie die Kontrollbefugnisse des Datenschutzbeauftragten erheblich einschränken.

Diese Gesetzentwürfe können so nicht verabschiedet werden.

Der Bundesminister des Innern wird aufgefordert, die von seinem Vorgänger eingebrachten Gesetzentwürfe entsprechend dem Ergebnis der Anhörung abzuändern. (-/27.6.1989/vo-he/st)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Wichtigster Organ  
mit wertvollen Kommentaren  
Recht-Direkt-Paper



Weichenstellungen für eine neue Politik (Teil I)

100 Tage rot-grüner Senat in Berlin

Von Walter Momper

Regierender Bürgermeister von Berlin

Dem rot-grünen Senat wurden die ersten 100 Tage nicht als Schonfrist oder Einarbeitungszeit gewährt, wie dies sonst nach einem Regierungswechsel der Fall ist. Vielmehr stand die Koalition vom ersten Tag an unter starkem politischen Druck von außen. Diese Herausforderungen haben allerdings das Gegenteil des beabsichtigten Effekts erzielt. Die rot-grüne Koalition hat vom ersten Tag an ihre Zusammenarbeit einüben müssen, und sie hat bis jetzt auch schwierige Entscheidungen gemeistert.

Die rot-grüne Koalition hat zu einer deutlichen Belebung des Diskussionsklimas in der Stadt geführt. Die Bevölkerung beteiligt sich viel intensiver als vor den Wahlen an der Politik.

Abseits der Elemente von Polarisierung und Feindschaft, die leider immer wieder in diese Diskussion hineingetragen werden, ist diese Belebung eine erfreuliche Entwicklung für unsere politische Kultur. Ich hoffe, daß dieses lebhaftere Diskussionsklima in Berlin noch lange anhält. Die rot-grüne Koalition diskutiert auch ihre internen Meinungsverschiedenheiten offen nach außen. Sie will kein glattes Bild von sich zeigen, das angesichts der Komplexität vieler Probleme auch völlig unangebracht wäre. Bei jeder Entscheidung gibt es Für und Wider, und es ist wichtig, daß solche Diskussionen auch ausgetragen werden. Die streitbare Zusammenarbeit ist ein bedeutendes Element der Kontrolle von Politikentscheidungen. Es bewahrt davor, einen arroganten Politikstil zu entwickeln und den Bodenkontakt zu verlieren.

Die Koalition und der Senat haben in den zurückliegenden 100 Tagen, wie die hier vorgelegte Auflistung aufweist, schon eine Fülle von Entscheidungen vorgenommen, die die Qualität der neuen Politik belegen und Weichenstellungen für die Zukunft bedeuten. Wir haben den ökologischen Umbau der Stadt vor allem im Bereich der Verkehrspolitik konsequent in die Wege geleitet. Der 1. Oktober 1989 ist der Tag, von dem an Berlin den Weg zu einer Modellstadt für die Lösung der Probleme des Massenverkehrs in der Großstadt geht.

Nach jahrelangen Diskussionen und Zaudern hat der Senat endlich auf der Avus aus Gründen der Verkehrssicherheit und des Umweltschutzes ein Tempolimit eingeführt, und er bereitet eine Senkung der Fahrgeschwindigkeit in Wohngebieten vor. Umfragen zeigen, daß die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner diese Maßnahme befürwortet. Es war vorhersehbar, daß diese Entscheidung auf den lautstarken und von finanzkräftigen Organisationen unterstützten Protest der Autolobby stoßen würde. Die Argumente, die gegen eine solche Tempobegrenzung, wie es sie übrigens auf den Autobahnen um Stuttgart, Köln oder anderen Großstädten auch gibt, vorgebracht werden, sind von ähnlicher Qualität, wie die Argumente, die seinerzeit gegen die Gurtschlepppflicht erhoben wurden. Und ich denke, sie werden ähnlich schnell vergessen sein. Schon sehr bald, spätestens mit der absehbaren Einführung eines generellen Tempolimits auf den Bundesautobahnen, werden sich die allermeisten Autofahrer daran gewöhnt haben, daß in einer Zeit des Waldsterbens und der Zunahme von Verkehrsunfällen Tempo 100 mehr und nicht weniger Freiheit bedeutet. Freiheit hat ja auch immer mit Vernunft zu tun. Eine wirksame Umweltpolitik ist ohne Entscheidungen, die auch in bisherige Gewohnheiten eingreifen, nicht zu machen. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet aber von diesem Senat, daß er nach dem jahrelangen Reden und Zaudern endlich aktiv handelt. Wer von einer Umweltschutzpolitik nur redet, es aber nicht wagt, gegen Interessengruppen vernünftige Entscheidungen zu fällen, der ist ein Papiertiger.

Mit einer Fülle von Entscheidungen hat der Senat versucht, soziale Ungerechtigkeiten und Mißstände zu mildern. Ich nenne als Beispiele die Erhöhung der Sozialhilfesätze, die Senkung der BVG-Tarife für Sozialhilfeempfänger, die Aufhebung der Sperrzeiten für die Inhaber von Seniorenkarten bei der BVG und die Schaffung von Stellen für die Schuldnerberatung. Besonderes Augenmerk galt dem schwierigen Problem der Aus- und Übersiedler. Der Senat hat hier die Stellen für die soziale Betreuung erheblich verstärkt und außerdem 242 Lehrerstellen für den Schulunterricht der Aussiedlerkinder geschaffen. Auf Dauer kann aber Berlin den großen Zustrom von Aus- und Übersiedlern finanziell und sozial nicht verkraften. Es ist außerordentlich wichtig für unsere Stadt, daß in den Verhandlungen mit dem Bund erreicht werden konnte, daß Berlin künftig nur noch halb so viele Aus- und Übersiedler wie bisher zugewiesen werden. Das immense Wohlfahrtsgefälle zwischen

zwischen Polen und unserem Land kommt auch in dem Problem des Polenmarktes zum Ausdruck. Wir hätten gern unseren Beitrag zur Linderung der Not in Polen von Berlin aus geleistet, aber die Duldung des Polenmarktes ist uns leider aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht möglich gewesen.

Der neue Senat hat seine soziale Sensibilität auch gegenüber den Studentinnen und Studenten gezeigt, die in den Streiks des Wintersemesters auf die katastrophale Situation an den Hochschulen aufmerksam gemacht hatten. Mit neuem Personal und der Aufstockung der finanziellen Mittel, mit einem Programm zur Behebung der Wohnraumnot und mit den Vorschlägen zur Reform des Berliner Hochschulgesetzes werden die berechtigten Forderungen der Studentinnen und Studenten schon sehr konkret und Schritt für Schritt umgesetzt.

In der Miet- und Wohnungspolitik lassen sich Verbesserungen naturgemäß kurzfristig nur sehr schwer erreichen. Der Senat hat hier alles in seiner Macht Stehende getan, etwa den Mietenstop für landeseigene Wohnungen beschlossen und konsequente Maßnahmen gegen unberechtigten Leerstand von Wohnungen ergriffen. In der Frage der Mietpreisbindung sind wir bei den Bundesländern vorstellig geworden, um eine gemeinsame Regelung für Ballungsgebiete zu erreichen. Ich appelliere an die Bundesländer, Verständnis für die schwierige Situation des eingemauerten Wohnungsmarktes von Berlin aufzubringen und sich einer solchen Regelung nicht zu verschließen. Wir haben das Wohnungsbau-Programm schon in diesem Jahr um 500 Wohneinheiten auf 7.000 Wohneinheiten aufgestockt. Damit es realisiert werden kann, brauchen wir die Mitwirkung und den guten Willen aller Beteiligten, auch der Opposition. Parteil- und Lokalinteressen müssen auch einmal hintangestellt werden, wenn es darum geht, Flächen für den Wohnungsbau herauszugeben, denn die Wohnungsnot ist heute das drängendste soziale Problem Berlins.

Die rot-grüne Koalition hat in den ersten 100 Tagen nicht nur die Kultur der innerstädtischen Diskussion wiederbelebt, sondern sie hat auch einen neuen Stil von Regierungshandeln geprägt, der bürgernah ist, der neuen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt, und der die Abgehobenheit des Staates abbaut.

Dazu gehört zum Beispiel die Anhebung des Stellenwertes der Frauenpolitik. Einer modernen und liberalen Auffassung vom Staat entspricht es auch, daß sich der rot-grüne Senat selbst gegenüber denjenigen, die ihn provozieren wollen, immer gesprächsbereit gezeigt hat, ohne dadurch handlungsunfähig zu werden. Wir werden offen sein für jedes Anliegen und jeden Protest, aber wir werden Rechtsverletzungen nicht dulden, auch wenn im Einzelfall zu verstehen ist, daß auf Rechtsverletzungen, wie beispielsweise jahrelanger spekulationsbedingter Wohnungsleerstand, mit anderen Rechtsverletzungen, wie es eine Hausbesetzung ist, reagiert wird. Verstehen heißt allerdings nicht dulden, denn viele Menschen stehen in der Schlange der Wohnungssuchenden. Wir wollen, daß Konflikte durch gesellschaftliche Diskussionen geklärt werden, statt mit dem Ellenbogen oder mit den Mitteln staatlichen Zwanges.

Wir wollen Gewalt in der Gesellschaft abbauen und die Strukturen, die zur Anwendung von Gewalt führen, verändern. Zur Entmythologisierung des Staates und zur Betonung seiner dienenden Rolle gehörte auch, daß wir uns aktiv um eine friedliche Beendigung des Hungerstreiks der RAF-Häftlinge bemüht haben und mit diesen Bemühungen letztlich auch Erfolg hatten. Die gesamte Bundesrepublik wäre heute in einer weit schwierigeren innenpolitischen Situation, wenn die Politik der Hardliner in dieser Frage einfach ungestört weitergeführt worden wäre. Die Krawalle vom 1. Mai waren der heftigste Versuch der militanten Autonomen, den Senat von seiner Linie des Gesprächs, der Verständigung und der Deeskalation abzubringen und damit den Staat als Feindbild wieder aufzubauen. Leider hat die Opposition sich dazu verleiten lassen, uns von der anderen Seite her in eine ähnliche Richtung drängen zu wollen. Wir werden im Umgang mit innenpolitischen Konflikten aber nicht zur alten Politik der Rigorosität und Härte und der Ausgrenzung zurückkehren, weil es zum Angebot des Dialogs und zum Versuch der Integration und der friedlichen Lösung letztlich keine Alternative gibt. Wir werden allerdings die Führungsstrukturen in der Polizei nach den Erfahrungen des 1. Mai und auch weiterer zurückliegender Einsätze verbessern, und Schlüsse für die Einsatzstrategie der Polizei ziehen.

Zu den Behinderungen, die uns von außen in den Weg gelegt wurden, gehörte das unverantwortliche Gerede über angebliche Gefährdungen für die Attraktivität des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Berlin und über das angeblich belastete Verhältnis zu den Alliierten. Wir haben diese Rufschädigungen, die aus dem Lager der Opposition heraus an unserer Stadt vorgenommen wurden, wieder geraderücken können. Ich finde es beschämend, daß eine Partei, die vor wenigen Monaten noch den Glanz Berlins als deutsche Metropole herausgehört hat, im Europawahlkampf Berlin mit dem Handeln einiger 100 Krawallmacher gleichsetzte und heruntermachte. Mittlerweile ist deutlich geworden, daß sowohl die Wirtschaft als auch die Wissenschaft als auch die Kultur unter dem rot-grünen Senat gute Entwicklungsbedingungen vorfinden werden. Daß wir an manchen Stellen andere Akzente setzen als die Vorgänger, wird niemanden verwundern. Wenn die Opposition uns beschuldigt, alte Prestigeprojekte nicht mehr zu finanzieren oder die Subventionsgeißkanne nicht mehr ungeniert auszuschütten, dann verkennt sie, daß der alte Senat unter anderem auch wegen dieser Handlungsweisen abgewählt worden ist. Der Wissenschaftsstandort Berlin ist stark genug, um es zu ertragen, wenn ein teures Prestigeprojekt des Vorgängers, die Akademie der Wissenschaften, nicht mehr fortgesetzt wird. Daß das Verhältnis zu den Alliierten partnerschaftlich und freundschaftlich ist, haben meine drei Reisen in die Hauptstädte der Schutzmächte ergeben. Die Alliierten haben es bei diesem Senat mit einem selbstbewußten Partner zu tun, der klar und direkt anspricht, was er will, und nach meinem Eindruck schätzen die Alliierten eine solche Verhaltensweise durchaus.

Der rot-grüne Senat hat mit den am Montag bei meinem Gespräch mit Erich Honecker vereinbarten Verbesserungen im Verhältnis zur DDR den größten berlinpolitischen Fortschritt seit vielen Jahren erzielt. Die Möglichkeit der Soforteinreise in die DDR und die Möglichkeit zur Übernachtung in DDR-Bezirken machen das Umland Berlins für uns jetzt praktisch genauso spontan nutzbar, wie dies in Hamburg, München oder Frankfurt der Fall ist. Dies ist ein großer Schritt nach vorn, auch für die Qualität des Lebens in Berlin und wird nach meiner Auffassung mittelfristig einen positiven Einfluß auf die Attraktivität der Stadt für die Wirtschaft und auf ihre Anziehungskraft für die Menschen ausüben. Der neue Senat hat es in kürzester Zeit geschafft, die Diskussion um eine neue Perspektive Berlins als Scharnier für ein größeres Europa voranzubringen und den Stellenwert Berlins in der Ost-West-Politik erheblich zu verstärken. Dies hat nicht zuletzt der Gorbatschow-Besuch in Bonn gezeigt. Der Senat bereitet sich sehr sorgsam auf die neuen, historischen Entwicklungen in Europa vor und bringt die Interessen und Chancen Berlins dabei offensiv ein.

Ich will zum Abschluß einige Bemerkungen über interne Schwierigkeiten des Regierungshandelns anfügen. Denn sowohl die Tatsache, daß wir als zwei Oppositionsparteien relativ unvorbereitet die Regierungsgeschäfte übernahmen, wie der besondere Charakter der Koalition legen nahe, daß dies in der Anfangsphase nicht ohne Probleme und Konflikte verlaufen konnte. Ein wesentliches Problem ist die Umsetzung der neuen Politik in den Apparat. Es erschwert eine solche Umsetzung

außerordentlich, wenn dafür mit Ausnahme der Senatorinnen und Senatoren, Staatssekretäre und Pressesprecher kein eigenes Personal eingesetzt werden kann. Das deutsche Beamtensystem ist für einen politischen Wechsel nicht gerüstet. In unserem Fall war dies noch dadurch erschwert, daß der alte Senat in der Zeit nach der Wahl bis zu seiner endgültigen Ablösung noch zahlreiche Beförderungen und Ernennungen vorgenommen hat. Praktisch sind alle leitenden Stellen auf Dauer blockiert. Ich will damit nichts gegen die Beamten sagen, von denen sich die allermeisten loyal verhalten und aufrichtig bemühen. Dennoch muß es aus meiner Sicht einer neuen Regierung schneller ermöglicht werden, das von ihr für befähigt gehaltene Personal auch einsetzen zu können. Ich schlage vor, daß die Regierungsparteien und die CDU gemeinsam Regelungen dafür erarbeiten sollten.

Die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition wird derzeit durch die Altlasten geprägt, die noch aus der Zeit des Vorgängersenats stammen. Dazu gehören Projekte, die von dem alten Senat auf den Weg gebracht worden sind, für die Verpflichtungen eingegangen wurden, und die weder von SPD noch AL politisch gewünscht wurden, beziehungsweise die beide Parteien sogar bekämpft haben. Dazu gehört weiter die unseriöse Finanzplanung des Vorgängersenates, der erhebliche Haushaltsrisiken nicht einkalkuliert hatte, und der zudem in Teilbereichen in den beiden Feierjahren die Subventionsmentalität der Stadt zur Gewohnheit hatte anwachsen lassen. Und zu diesen negativen Rahmenbedingungen gehört drittens, daß wir Entgegenkommen aus Bonn kaum erwarten dürfen, da dort maßgebliche politische Kräfte ersichtlich ein Scheitern des rot-grünen Senats wünschen, weil nur dies ihr politisches Überleben sichern würde. Die früheren Oppositionsparteien AL und SPD tun sich an vielen Punkten schwer damit, innerhalb eines solchen Netzes von Sachzwängen sachgerechte Entscheidungen zu treffen. Bei der AL sehe ich mit Besorgnis die Tendenz, solchen Entscheidungen ganz auszuweichen und den Koalitionspartner in die undankbare Rolle zu drängen, diese unpopulären Entscheidungen innerhalb der Koalition durchzusetzen. In einer Koalition heißt es aber: mitgefangen und mitgehungen auf der einen Seite und mitgekämpft und mitgesiegt auf der anderen Seite. Die AL sollte mit Blick auf das Koalitionsklima in Berlin und mit Blick auf eine Veränderungsperspektive in Bonn sehr schnell Strukturen entwickeln, die sie für die Gesamtkoalition entscheidungsfähiger machen. Nach wie vor gilt die Prämisse dieser Koalition, daß sie bei allen ihren Schritten gesellschaftliche Akzeptanz haben muß. Zur gesellschaftlichen Akzeptanz einer Regierung gehört, daß sie sich realistisch verhält und den gegebenen Bedingungen Rechnung trägt.

( /27.6.1989/vo-he/st)

(Fortsetzung folgt)

**Nordsee: Keine Rettung in Sicht**

**Umweltminister Töpfer hält klaren Kurs: Nichts als Ankündigungen**

Von Lilo Blunck MdB

Obfrau der SPD-Bundestagsfraktion im Umweltausschuß

Ein Jahr nachdem Bundesumweltminister Töpfer großmäulig „so richtig Geld in die Hand“ zu nehmen versprach, um schnell wirksame Maßnahmen zur Reinhaltung und Rettung der Nordsee in die Wege zu leiten, ist festzustellen, daß es bei diesen gauklerischen Ankündigungen geblieben ist. Für die Nordsee ist dabei nichts herausgesprungen. Von einer Beteiligung des Bundes an einem Programm zur Finanzierung von notwendigen Nachrüstungen und Neubauten kommunaler Kläranlagen ist schon längst keine Rede mehr. Statt dessen wurde den Ländern der schwarze Peter zugeschoben, sie wurden auf das Strukturhilfegesetz verwiesen - zusätzliche Gelder für zusätzliche Maßnahmen wurden jedenfalls nicht zur Verfügung gestellt. Hätte die Landesregierung Schleswig-Holstein nicht mit einem eigenen Programm „Kläranlagen“ erste wirksame Schritte zur Abwasserbeseitigung eingeleitet, die Situation der Nordsee wäre noch düsterer.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Strukturförderung der Landwirtschaft in der vergangenen Woche wurde eine weitere Chance vertan, etwas für die Nordsee zu tun. Nicht nur daß dieses Gesetz für die Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft wenig bringt, die hohen Förderobergrenzen haben auch ökologisch nachteilige Auswirkungen, auch für die Nordsee. Die Bundesregierung ist einfach nicht bereit, die hohen Schad- und Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft entscheidend zu begrenzen. Die notwendige Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sowie die Einführung einer Schadstoffabgabe werden weiter abgelehnt. Auch bei der Einschränkung des Schadstoffeintrages aus der Industrie wird weiterhin hinhaltend taktiert. Die Dünnsäureverklappung und die Verbrennung giftiger Schadstoffe auf See sind immer noch zulässig.

Es ist schon ein Skandal, wie zur Beruhigung der Bevölkerung an der Küste halbherzige und völlig unzureichende Maßnahmen immer wieder angekündigt werden, aber die die notwendigen Schritte zur Rettung der Nordsee in falsch verstandenem Interesse der Landwirtschaft und der Industrie unterlassen werden.

Wir Sozialdemokraten haben immer wieder eine „konzertierte Aktion“ zur Rettung der Nordsee verlangt, und wir wiederholen diese Forderung erneut. Wenn es nicht gelingt, die Belastung der Nordsee durch gefährliche Chemikalien und Nährstoffe entscheidend zu verringern, dann ist der schleichende Tod der Nordsee nicht mehr aufzuhalten.

(-/27.6.1989/vo-he/st)

\* \* \*